Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde nur v. 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 26. Juni 1880. Nr. 294.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfg.**

Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung vom 25. Juni.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: Bitter, Maybach, Dr. Lucius, Hofmann und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Verlesung der Interpellation des Abg. Virchow betr. die Einverleibung Altonas und der unteren Elbe in das Zollgebiet.

Abg. Dr. Virchow begründet die Interpellation, indem er zunächst darauf verweist, daß der Reichstag diese Frage ungelöst gelassen habe. Er wolle nicht in die Kompetenz des Reiches eingreifen; er wolle nur wissen, wie die preußische Regierung sich zu dieser Frage stellt und wie weit diese Stellung mit den Interessen des Landes sich verträgt. In dieser Beziehung gehe er nicht weiter als die preußische Regierung und der Reichskanzler selbst, denn auch dieser habe sein Verhalten mit seiner Stellung als preußischer Ministerpräsident motivirt. Man werde doch fragen können, wie denn diese Anträge der Landesvertretung und dem Lande selbst gegenüber zu motiviren seien. Bis jetzt sei der Versuch noch nicht gemacht worden, dem Lande gegenüber darzulegen, in welcher Weise Preußens Interessen getroffen werden, und warum ein so dringender Grund vorlag, in dieser Angelegenheit in der bekannten Weise vorzugehen. Nebenbei werde es sich ja auch um erhebliche finanzielle Opfer handeln und gerade was diese finanzielle Seite anbelange, sei es doch wünschenswerth, die Meinung der Regierung zu erfahren, inwieweit eine unmittelbare Steigerung der Ausgaben erforderlich sein werde durch die in Aussicht genommene Verlegung der Zollgrenze an der unteren Elbe. Dem größten deutschen Handelsplatze gegenüber könnten doch nur praktische Interessen geltend gemacht werden, wenn man mit solcher Maßregel vorgeht. Anders lasse sich wenigstens ein solches Vorgehen gegen eine befreundete deutsche Regierung nicht erklären. Das sei auch keineswegs eine Reichsfrage und der Verpflichtung werde sich die Regierung nicht entziehen können, von ihrem partikularen Standpunkt aus Auskunft darüber zu geben, ihre Stellung in einer so wichtigen Frage klarzulegen. Die Stellung der preußischen Regierung gegen den schwächeren Bundesstaat Hamburg sei mindestens eine sehr befremdliche gewesen. Es sei bisher keinerlei Aufklärung darüber gegeben, warum die preußische Regierung plötzlich zu einem so exorbitanten Antrage gekommen und auch, nachdem St. Pauli als Zollgrenze aufgegeben, mit einer solchen Hastigkeit vorgegangen ist. Redner bespricht die Verhältnisse des Bundesraths, auf welchen man einen solchen Druck ausgeübt habe, daß er schließlich einen Beschluß gefaßt habe, von dem er wissen mußte, daß er mit der Auffassung der Majorität dieses Hauses in Widerspruch steht. Er mußte „Ja" sagen, wenn er nicht den Zorn des mächtigsten Mannes im Reiche in der höchsten Potenz auf sich laden wollte. Redner tadelt diese Hast und sagt, daß es deshalb dem Bundesrath unmöglich gewesen, die von Hamburg beantragte Enquete anzustellen, um vor aller Welt nachweisen zu können, daß das, was die Regierung wollte, auch nützlich und vortheilhaft sei. Von mancher Seite möge das Vorgehen der Interpellanten als unpatriotisch bezeichnet werden; er halte dasselbe für patriotisch, denn wenn die Regierung unfreundlich gegen einen deutschen Bundesgenossen verfährt, dann sei es Pflicht des preußischen Landtages, seine Bundesfreundlichkeit hier zu konstatiren.

Finanzminister Bitter: Auf die Interpellation des Abg. Virchow habe ich im Anschlusse an die darin gestellten Fragen im Namen der Staatsregierung folgende Antwort zu geben. Zu Nr. 1: Es haben sorgfältige Erwägungen darüber stattgefunden, ob die aus dem Zollanschlusse Altonas zu erwartenden Vortheile durch wirthschaftliche Nachtheile überwogen werden. Aber selbst wenn diese Erwägungen, was nicht der Fall gewesen ist, gewisse Nachtheile für Altona hätten zu Tage treten lassen, würde doch durch Artikel 33 der Reichsverfassnng für uns das Recht und für das Reich die Pflicht erwachsen sein, den Eintritt Altonas in die Zollgemeinschaft des deutschen Reichs herbeizuführen. Es handelt sich hier um die Ausführung der deutschen Reichsverfassung, welche der König als Kaiser laut Artikel 17 der Reichsverfassung zu überwachen hat. Zu Nr. 2: Es sind bis jetzt nur überschlägliche Berechnungen über diejenigen Kosten, welche zum Zweck der Durchführung und Sicherstellung der Zollinie würden verwendet werden müssen, aufgestellt worden. Die eigentlichen Kostenanschläge können erst auf Grund der Ermittelungen zusammengestellt werden. Auch die Berechnungen sollen dem Bundesrath und demnächst dem Reichstage vorgelegt werden. Wegen der erforderlichen Geldmittel wird demnächst nach den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden. Zu Nr. 3: Die Regierung hat ihr Verfahren in dieser Angelegenheit den Verhandlungen im Reichstage gegenüber hier nicht zu rechtfertigen und lehnt jede Erklärung in dieser Richtung ab. Auch diejenigen Rücksichten, welche auf die verbündeten Regierungen zu nehmen, sind nicht im Abgeordnetenhause zu verhandeln, auch nicht auf dem diplomatischen Wege nach der früheren Pragmatik des deutschen Bundes, sondern werden verfassungsmäßig innerhalb des Bundesrathes zur Entscheidung gebracht und erledigt. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. E. Richter wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten.

Das Wort dazu erhält zunächst

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Ich will nach beschlossener Besprechung der Interpellation auf den sachlichen Inhalt eingehen, damit es nicht heiße, ich und meine Fraktion versteckten sich hinter formellen Einwendungen, weil sie sachliche nicht hätten. Man fühlt sich plötzlich auf jener (der linken) Seite gedrungen, einen lebhaften Appell an das Haus gegenüber der Regierung zu machen. Zunächst möchte ich mich zu Nr. 3 wenden. Dieselbe erregt mein lebhaftes Bedenken in Bezug auf die Kompetenz der Fragestellung von Seiten dieses Hauses. Die Form dieser Fragestellung könnte höchstens gerechtfertigt erscheinen bei einem Stadtverordneten (Heiterkeit), der seinen Bürgermeister, den er ja salarirt, wegen irgend einer Handlung interpellirt. Gegenüber der Staatsregierung muß ich gegen eine solche Interpellation energisch protestiren. Ich halte es für bedenklich, die Stellung der Staatsregierung gegenüber dem Bundesrath in dieser Weise zu kritisiren. Die Minister sind als Bundesraths-Mitglieder völlig selbstständig und unabhängig von ihrer preußischen Ministerstellung. Ich komme zu Nr. 1. Will man denn wirklich auf diese Frage eine ausführliche Antwort haben? Das ist doch vor der Hand unmöglich. Man kann höchstens annähernde Angaben machen und exemplifiziren. Wir haben ein Beispiel an Ottensen, welches in den 20 Jahren, seitdem es zum Zollverein gehört, zu hoher Blüthe gelangt ist, und das ohne alle größeren Einrichtungen, als Quais, Entrepots und Eisenbahnen, nur begünstigt durch seine geographische Lage. Es liegt also die Vermuthung nahe, daß ein ähnliches Aufblühen bei Altona unter so viel günstigeren Bedingungen stattfinden werde. Die zweite Frage ist ebenso einfach zu beantworten. Wenn große Ausgaben für Zolleinrichtungen 2c. nach der Neuerung an uns herantreten, so müssen wir diese selbstverständlich tragen, ebenso wie die Matrikularbeiträge. Etwas anderes ist es mit Eisenbahn-Vorlagen, über die wir ja immer noch freie Hand haben. Bei der großen Bedeutung, welche der Frage auf jener Seite beigelegt wird, möchte ich noch auf zwei materielle Seiten der Angelegenheit eingehen: Wie war der Zustand bisher und wie wird er in der Zukunft sein? Hamburg hatte die ganze Unterelbe auf 24 Meilen in seinen Zollbereich eingezogen, mit ihr bedeutende Städte, z. B. Wandsbeck; es war daher nicht möglich, etwa von Holstein nach Hannover Waaren zu spediren, ohne die Zollgrenze zu überschreiten. Man konnte also nicht direkt spediren, sondern mußte erst die betreffende Zollstelle aufsuchen und dann zweimal die Zollformalitäten erfüllen. In dem Zeitverlust, der dadurch entsteht, liegt ein großer wirthschaftlicher Nachtheil Der Lokalverkehr auf der Unterelbe wird durch etwa 4000 Schiffe, nicht Kähne, vermittelt, die also nur immer von einem Ufer zum anderen fahren, er ist also kein kleiner und der Nachtheil durch die Zollplackereien nicht zu unterschätzen. Durch Beseitigung dieser Formalität müßte sich nothwendig der Verkehr heben. Was will man nun vom Bundesrath? Hamburg soll durchaus nicht berührt werden, nur die in seine Grenzen gezogenen Städte Wandsbeck und Altona wollen wir zu uns ziehen, alle die genannten mißlichen Verhältnisse werden beseitigt, alle die künstlich aufgestellten Schranken durchbrochen. Man hat uns den verlängerten Aufenthalt der Schiffe in Cuxhafen entgegen gehalten, der durch die Zoll-Abfertigung entstände. Alle Schiffe nehmen in Cuxhafen Lootsen auf, und mit diesen Lootsen könnten auch die Steuerbeamten aufgenommen werden, ohne Zeitverlust zu verursachen. — Innerhalb des Bundesrathes war auch nicht eine Stimme, selbst nicht die Hamburgs, die dafür gestimmt hätte, daß diese Angelegenheit nicht allein durch den Bundesrath endgiltig zur Lösung gebracht werden müßte, und nun kommen Sie mit Ihrer Interpellation. Sie haben sich nach meiner Meinung ein ungünstiges Schlachtfeld gewählt, aber aus Ihrem ganz freien Willen, ohne jede Veranlassung. Gerade die Fortschrittspartei kann doch für Hamburg kein besonderes Interesse entwickeln, das sich in den Händen der Sozialdemokraten befindet. (Abg. Richter: das ist Schuld der Regierung!) Warum haben Sie die Frage aufgeworfen? — es ist verlorene Liebesmühe."

Abg. E. Richter: Der Herr Minister hat uns eine Antwort gegeben, die nach unserer Auffassung keine Antwort ist. Er hätte diese Erklärung ebensogut verlesen können ohne die Frage Virchow's. Aus dem Verlesenen geht zu deutlich der Reichskanzlerstil hervor. (Heiterkeit.) Solche Mittheilungen kann Jeder machen, der überhaupt lesen kann. Außerdem waren diese Erklärungen, die unter Zustimmung der Rechten gegeben wurden, nicht einmal wahrheitsgemäß. (Unruhe.) Wenn wir unsere Stellung der Regierung gegenüber nicht genau festhalten, so werden wir schließlich in ein ganz subalternes Verhältniß gedrängt. Bei anderen Interpellationen wurden wir im Reichstage vom Reichskanzler abgewiesen, und hier beruft man sich nun auf den Bundesrath, daß der die Sache schon verhandelt habe, die uns also nichts mehr anginge. Gerade wie die Interpellation Virchow dem Reichskanzler eben zugegangen war, wurde der Bundesrath eiligst zusammenberufen, so eilig, daß die Mitglieder nicht einmal die Hamburger Denkschrift durchlesen konnten. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn nun wieder ein Antrag auf Ausschließung Altonas eingebracht würde, die Bundesraths-Mitglieder viel lieber zustimmen würden. Wenn der Reichskanzler sagt, er habe das Interesse Preußens im Bundesrathe wahrzunehmen, so sage ich, daß ich auch hier im Hause das Interesse Preußens wahrzunehmen habe und mich gegen eine möglicherweise schädliche Erwerbung wahre. Die Altonaer Frage ist mindestens ebenso wichtig, wie die der Unterelbe, und wird nicht, wie der Abg. von Minnigerode sagt, in dekorativer Weise von uns behandelt. Hamburg hat kein Interesse, gegen die Einverleibung Altonas zu sein. Es will erst an dem Körper Altonas sehen, wie sich eine Einverleibung macht, und dann einen Vergleich mit seinem eigenen anstellen. In Altona hatte sich aus dem Industrie-Verein heraus eine kleine Deputation nach Berlin begeben, um der Einverleibung zuzustimmen, sie wurde glänzend aufgenommen, und es wurden ihr alle möglichen Aufklärungen gemacht. Später kam eine Deputation mit einer Adresse von 10,000 Unterschriften, die dagegen agitiren wollte. Allein sie fand gar keine Aufnahme, am meisten hat sich noch Herr von Puttkamer mit ihr abgegeben. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler war krank und ließ durch Herrn Tiedemann heraussagen: „Die Altonaer wollen also Vorstädter von Hamburg bleiben?" Altona wird durch die Einverleibung schwer geschädigt. Wie früher die Leute aus Ottensen nach Altona kamen, um Nahrungsmittel einzukaufen, so werden jetzt die Altonaer nach Hamburg gehen müssen. Auch die kleinen Zollvergünstigungen für Handpackete und dergleichen sollten hier nicht stattfinden. Ein großer Schaden ist speziell der Verlust des Transits. Der russische Sprit wird jetzt nicht mehr in Altona verarbeitet werden können; und das war ja immer der Schmerz der Herren von der Rechten, daß dort kein deutscher Sprit verarbeitet würde. Mit Geestemünde hat man einen ähnlichen Versuch gemacht, der Vortheil ist zu Gunsten Bremerhavens ausgefallen. Mit Ottensen kann man Altona nicht vergleichen, da Ottensen Binnenstadt ist. Ottensen blüht nicht, denn aus Ottensen wandern jetzt alle Cigarrenarbeiter aus, vom Tabakszoll vertrieben. Auch Altona hat Furcht vor diesem Erfolge. Die erste Altonaer Deputation hat bedeutende Versprechungen auf Eisenbahnbauten u. s. w. mitgebracht — wie steht es nun damit? Wir gerathen dadurch in eine ganz absonderliche Eisenbahn-Politik: neben Kampfzöllen erhalten wir vom Reichskanzler auch noch Kampf-Eisenbahnen! Jetzt soll also plötzlich der Vorwurf der Kapitalvergeudung für Konkurrenzbahnen nicht mehr gelten! Die vielen versprochenen Segnungen haben die Altonaer stutzig gemacht; sie fragten sich: wie, wenn nun auch Hamburg in den Zollverein tritt? Dann sind ja alle Vortheile wiederum nichtig. — Das scheint auch den Reichskanzler Anfangs verdutzt zu haben; darauf aber hat er gemeint: „Nun, die kommen ja nicht gleich, die kommen erst nach 7 bis 10 Jahren; bis dahin habt ihr Altonaer einen bedeutenden Vorsprung!" Hier tritt so recht das Widerspruchsvolle der ganzen Taktik des Diplomatietreibens mit Verkehrs-Verhältnissen hervor. — Die Zollgrenze auf der Elbe soll nun mit Rücksicht auf den Flußverkehr gegenüber dem Seeverkehr verlegt werden. Aber der Seeverkehr war immer frei seit 1820, das letzte Hinderniß, der Stader Zoll, ist längst aufgehoben, jetzt soll also der Seeverkehr zu Gunsten des Flußverkehrs der Zollrevision unterworfen werden. Wie ist aber deren Verhältniß? Der Seeverkehr bringt jährlich 72 Millionen Centner Güter im Werthe von über 1500 Millionen Mark, der Flußverkehr nur 10 Millionen im Werthe von 25 Millionen, also einen weit geringeren Antheil. Aber auch für den Flußverkehr ist die Zollfreiheit durchaus nothwendig, wie Redner des Näheren nachweist, namentlich in Bezug auf den Segel- und Dampfschiffsverkehr zwischen Hamburg und preußischen Häfen. Dabei soll ja auch trotz alledem die Zollrevision an den Ufern zum Theil des Schmuggels wegen beibehalten werden. Die ganze Frage der Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein ist eine Frage der Zollkontrolle; als solche sieht sie aber der Finanzminister nicht an. Die Freihafenfrage ist für uns keine Parteifrage, aber die neue Zollgesetzgebung hat die arge Komplikation herbeigeführt, unter der wir jetzt alle leiden. Nicht einmal Zeit hat man den Bundesraths-Mitgliedern gelassen, die Vorstellung des Hamburger Senats auch nur zu lesen! Solches Benehmen mag diplomatisch sehr gefallen im Verkehr mit wilden Völkerschaften, paßt sich aber nicht für einen Bundesstaat gegen den andern, für die Großmacht Preußen gegen das kleine Hamburg! (Große Unruhe und Lärm rechts.) Das Ansehen Preußens ist dadurch nicht gefördert worden. (Erneuter Lärm.) Die Hamburger sind zwar Republikaner, aber solche, die an kaiserlicher Gesinnung allen ein Vorbild sein können! Das Einzige, was man den Hamburgern vorwerfen könnte, ist der Personenkultus, den sie so lange mit dem Fürsten Bismarck getrieben haben! (Lärm rechts, Rufe: Zur Sache!) Und wie ist der Reichskanzler dem Reichstage selbst entgegengetreten! (Unterbrechung rechts.) Meine

Herren, das Ansehen des Reichstags kann uns nicht gleichgiltig sein; das Ansehen der Volksvertretung ist unser eigenes Ansehen! Kaum hat der Reichstag die Elbschifffahrtsakte materiell abgelehnt, so wird mit einer Hast ohne Gleichen die Einverleibung der Unterelbe betrieben! Das Verfahren ist rücksichtslos gegen den Bundesstaat, rücksichtslos gegen den Nachbarstaat Oesterreich, rücksichtslos gegen die Volksvertretung! (Unruhe rechts.) Durch solche Politik bringt sich schließlich der Reichskanzler um den letzten Anhänger! (Lachen rechts.) Ja wohl, meine Herren, er nimmt eine Unfehlbarkeit in Anspruch, wie sie die katholische Kirche niemals so weitgehend verlangte. (Große Heiterkeit.) Der Handel erträgt eine solche fortdauernde Beunruhigung nicht, er erträgt es nicht auf die Dauer, wenn kein Gewerbe einigermaßen sicher ist, mit Ausnahme das der Branntweinbrenner! (Heiterkeit links, stürmische Unterbrechung rechts; Rufe: zur Sache!) Wären die Herren auf der Rechten so konservativ, wie ihr Name bedeutet, so würden sie den Reichskanzler auf dieser abschüssigen Bahn zurückzuhalten suchen, die in ihren letzten Konsequenzen Handel und Verkehr gänzlich zerstört! (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. **Windthorst** ist der Meinung, daß eine Volksvertretung Angelegenheiten dieser Art nicht anregen sollte, wenn sie nicht die Mittel besitzt, ihren Anschauungen Geltung zu verschaffen. (Abg. Virchow ruft: Wie soll sie denn das machen?) Ja, verehrter Kollege Virchow, ich habe viele Wünsche und muß sie doch unterdrücken (Heiterkeit), weil ich sie nicht realisiren kann und so muß auch die Landesvertretung denken. Ich bin nicht instruirt genug, um ein Urtheil darüber zu haben, inwieweit es zweckmäßig ist, daß Altona in die Zollinie eingeschlossen werde. So lange wir keine Vorlage haben, so lange wage ich auch nicht, ein Urtheil darüber abzugeben. Wir werden in die Lage kommen, Kosten zu bewilligen, dann werde ich die Herren gern unterstützen, daß wir das nöthige Material bekommen, und sollte ich mich davon überzeugen, daß der Auschluß Altona's an den Zollverein nicht zweckmäßig ist, dann werde ich die Frage erwägen, ob und wieweit wir berechtigt sind, die geforderten Kosten abzulehnen. Für mich ist der Zollanschluß Altona's zur Zeit eine offene Frage. Was die Freihafenstellung Hamburgs anlangt, so bin ich der Ansicht, daß, so lange Hamburg selbst nicht Veranlassung nimmt, seinen Eintritt in den Zollverein zu erklären, wir kein Recht haben, weder direkt noch indirekt auf Hamburg in dieser Richtung einzuwirken. Ich nehme dieses Recht für Hamburg nicht in Anspruch, weil es eine Republik ist, sondern weil ich dafür halte, daß das Wohlbefinden Deutschlands davon abhängt, daß jeder Staat in Deutschland die volle Ueberzeugung hat, daß die Selbstständigkeit, die die Verfassung ihm garantirt, unantastbar ist. (Beifall.) Die Beunruhigung, die wir in Deutschland haben, liegt darin, daß man immer und immer versucht, den kleinen Rest von Selbstständigkeit der einzelnen Staaten einzuschränken. Redner erklärt sich zum Schluß nochmals gegen die Interpellation, weil das Haus kein Mittel habe, derselben Nachdruck zu verschaffen. (Sehr richtig!)

Abg. **Warburg** führt aus, daß sich Altona in der seltsamen Lage befinde, von Hamburg zu leben und an Preußen die Steuern zu bezahlen. In der historischen Entwickelung seien die Interessen Hamburg's und Altona's stets gemeinsam gewesen und seien es auch noch. Die Mehrzahl der Bürgerschaft Altona's sei auch jetzt gegen den Zollanschluß, namentlich auch die Handwerker, was Redner durch ein reichhaltiges Material unterstützt. Es gehe daraus hervor, daß nur ca. 500 Einwohner durch den Zollanschluß gewinnen, die anderen aber verlieren würden. Altona habe auch viele kommunale Einrichtungen getroffen, die auf den bisherigen Zuständen basirt seien Altona sei mit Hamburg stets in einem friedensnachbarlichen Verhältnisse gewesen und habe letzteres Altona nie Konkurrenz gemacht, wohl aber umgekehrt.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gegenstand verlassen.

II. Verlesung der Interpellation des Abg. Frhrn. v. **Huene**:

1) Welche Maßregeln hat die K. Staatsregierung getroffen, um der Wiederkehr eines Nothstandes in Oberschlesien vorzubeugen?

2) Wie weit sind speziell die für die Nothstandsdistrikte in Aussicht genommenen Eisenbahnbauten vorbereitet?

Abg. v. **Huene** spricht sein Bedauern aus, daß die Regierung seither nicht in der Lage gewesen, die in Aussicht gestellten Gesetzesvorlagen zur Begegnung einer Wiederholung des Nothstandes in Oberschlesien einzubringen. Wenn auch der akute Nothstand beseitigt sei, so sei doch eine Unterstützung, wie sie im vorigen Winter gewährt sei, nicht auf die Dauer möglich, sondern man müsse durch allgemeine Landesmeliorationen dahin streben, die Landwirthschaft in den Stand zu setzen, den Landestheil ernähren zu können. Was die Bahnprojekte, wie sie jetzt verlautbaren, betreffe, so vermisse er bei einigen die genügende Leistungsfähigkeit. Redner hofft, daß die Regierung eine befriedigende Antwort geben werde.

Finanzminister **Bitter** erklärte, nur die erste Frage Huene's beantworten zu können, die Beantwortung der zweiten Frage habe der Herr Bautenminister übernommen. Was den ersten Punkt betrifft (Vermeidung des Nothstandes in Oberschlesien), so hat die Regierung im Bewußtsein der großen Wichtigkeit der Frage und des allgemeinen Landesinteresses, das hier in Frage steht, es für nöthig gehalten, einen besonderen Ministerial-Kommissar zu ernennen, der seine Instruktionen aus der Central-Instanz erhält und der die Aufgabe hat, alle Verhältnisse zu prüfen und namentlich, welche Maßnahmen nöthig sein werden, um die Lage der Nothstandskreise dauernd zu verbessern und die Kosten zu berechnen, welche nothwendig sind, um helfend mit einzutreten. Die Arbeiten sind seit Anfang April im Gange und wir haben die Hoffnung, daß sie so weit gefördert werden, daß sie bis zum Wiederzusammentritt des Landtages zum Abschluß gelangen werden, um die Genehmigung desselben zur Ausführung herbeizuführen. Im Einzelnen hat der Kommissar die Aufgabe, die nothleidenden Kreise genau zu bezeichnen, in welchen behufs Meliorationen die Drainage ausführbar ist. Ich bin nicht in der Lage, bereits die Untersuchungs-Resultate vorzulegen, aber wir hoffen mit Bestimmtheit, daß gerade diese Frage eine befriedigende Lösung finden wird.

Bautenminister **Maybach**: An die Beantwortung der zweiten Frage müsse er mit einer gewissen Reserve gehen. Es liege das in der Natur der Sache, weil dort keine Staats-, sondern nur Gesellschaftsbahnen vorhanden sind. Der Staat könne die kleinen Strecken nicht selbst ausbauen, sondern müsse sich dieserhalb an die Gesellschaften wenden, welche sie übernehmen. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen über die Modalitäten der Ausführung noch im Gange seien, könne er an die Beantwortung der gestellten Frage nur mit Vorsicht herantreten. Es sei zunächst ein Projekt zum Bau einer Bahn von Oppeln nach Neisse, mit einer Abzweigung nach Grottkau in Aussicht genommen. Er halte diese Linie für eine sehr nützliche, obgleich sie eigentlich als eine Nothstandsbahn nicht bezeichnet werden könne. Die Oberschlesische Bahnverwaltung habe sich bereit erklärt, sie für eigene Rechnung auszubauen unter der Voraussetzung, daß der Grund und Boden unentgeltlich hergegeben und 60,000 M. a fonds perdu auf 8 Jahre bewilligt werden. Der Minister hofft, daß es gelingen werde, zu einer Verständigung zu kommen, daß der Staat finanziell nicht in Anspruch genommen werden wird. Wichtiger sei das Bahnprojekt Rosenberg-Lublinitz, wegen dessen Ausführung mit der Rechten Oderuferbahn Verhandlungen angeknüpft seien. Wegen Gewährung einer Subvention werden die mit dem Finanzminister eingeleiteten Verhandlungen voraussichtlich zu einem günstigen Abschluß führen. Hauptbedingung sei die Wahl der Linie selbst. Die Subvention werde nur dann gewährt werden, wenn der Zweck der Bahn, nämlich die Landesmelioration in den Kreisen Rybnick-Pleß, damit erreicht wird. Die Oberschlesische Bahn habe sich bereit erklärt, die Bahn von Rybnick nach Breslau zu bauen. Indeß glaube er nicht, daß damit die Aufgabe gelöst wird. Es handle sich darum, die Quellen des Nothstandes jenes Landestheiles dauernd zu verstopfen; er werde also den nördlichen Theil des Kreises Rybnick durch Anschluß des dortigen Kohlenbeckens an die Kaiser Ferdinand-Nordbahn und die Kaschau-Oderberger Bahn in das Eisenbahnnetz hineingezogen würde. Dieses Projekt unterliege der eingehendsten Prüfung. Der Minister hofft, daß dem Landtage schon in der nächsten Session die betreffende Vorlage wird zugehen können.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

III. Interpellation des Abg. v. **Schorlemer-Alst**: Hat die Staatsregierung Ermittelungen darüber angeordnet oder wird solche anordnen, ob und in wieweit die ungünstigen Witterungs-Verhältnisse des Winters und Frühjahrs den Ertrag der Ernte in Frage stellen, um rechtzeitig, falls Nothstände in einzelnen oder mehreren Landestheilen zu befürchten sind, die Maßregeln zu deren Abwendung treffen zu können?

Abg. Freiherr v. **Schorlemer-Alst** begründet die Interpellation unter Hinweis auf die im Lande verbreiteten Befürchtungen hinsichtlich des Ausfalles der diesjährigen Ernte. Die bestehenden Befürchtungen könnten nur durch amtliche Erhebungen richtig gestellt werden. Wirklich vorhandener Gefahr könne nur durch Beschaffung guten Saatgutes vorgebeugt werden. Auch sei es zu wünschen, daß in den bedrohten Gegenden keine Manöver abgehalten werden und daß die Söhne der Wirthe vom Militärdienste befreit werden.

Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Dr. **Lucius**: Die Staatsregierung hat Ermittelungen angeordnet, kann jedoch erschöpfende Auskunft noch nicht geben, da es noch an einer Organisation der landwirthschaftlichen Statistik mangelt. Es sind nun von den landwirthschaftlichen Centralvereinen Berichte über die Ernteaussichten erbeten, auch sind die Quartalsberichte der Bezirksregierungen zu erwarten. Was ich heute schon sagen kann, ist, daß für Weizen, Sommerfrüchte und Kartoffeln die Ernteaussichten nicht ungünstig sind. Dagegen steht Roggen schlecht in Posen, Brandenburg und Westpreußen, strichweise auch in Pommern und Schlesien. Die übrigen Provinzen haben nicht gelitten. Ich kann also die Ernteaussichten nicht für so schlecht halten, wie sie namentlich auch in der Presse genannt sind. Auch die Preissteigerung ist nicht so ungewöhnlich, wie man behauptet, sie ist es blos im Vergleich zu den beiden letzten Jahren; sie kann aber auch nicht aus einem Mangel an Vorräthen hergeleitet werden, da der Import der letzten Jahre ein durchaus gleichmäßiger war. Um etwaigen Nothständen zu begegnen, muß die Regierung in jedem Jahre geeignete Maßnahmen ins Auge fassen und hat es auch jetzt für partielle Nothstände gethan. Ich halte es aber für bedenklich und nicht für gerechtfertigt, schon jetzt einen allgemeinen Nothstand zu proklamiren (Sehr richtig! rechts), da dadurch Muthlosigkeit im Lande verbreitet würde. Die Regierung darf ihre Hilfe nicht aufdrängen, ist aber vorbereitet, solche zu gewähren, falls sich die Hoffnungen auf einen günstigen Ausfall der Ernte nicht verwirklichen, und wird dann mit geeigneten Anträgen an den Landtag herantreten.

Auf den Antrag des Abg. **Richter** (Berlin) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Richter** (Berlin) spricht sich in längerer Rede gegen die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers aus. Es sei bezeichnend für diese Politik, daß in dem ersten Jahre seit dem Bestehen des neuen Zolltarifs die Arbeitslöhne allgemein zurückgegangen, die Preise der Nahrungsmittel aber eine unerschwingliche Höhe erreicht haben. Diese Wirthschaftspolitik habe allein die gegenwärtige Nothlage verschuldet. Die Spekulation, welche sonst die Preise nivellire, sei durch den Getreidezoll gelähmt. Die Kartoffeln seien schlechtes Surrogat für das Getreide, Vertheuerung der Lebensmittel und Auswanderung sei die Folge der jetzigen Politik.

Abg. Dr. v. **Heydebrand** glaubt, daß der Abg. Richter hätte zu dem Schluß kommen müssen, die Getreidezölle für den kleinen Grundbesitzer zu vertheidigen. (Sehr richtig! rechts.) Uebrigens halte er (Redner) das Abgeordnetenhaus nicht für kompetent in dieser Frage, sondern den Reichstag. Die Spekulation sei nicht, wie Herr Richter meint, gelähmt worden, sie sei nur auf das richtige Maß beschränkt, und insofern haben die Getreidezölle auch hier ihren Zweck erreicht. Wenn es eine Provinz gebe, welche dem Reichskanzler dankbar sein könne für die neue Zollpolitik, so sei es die Provinz Schlesien, welche vermöge ihrer Lage der Konkurrenz des Auslandes besonders ausgesetzt sei. Es sei allerdings nicht zu verkennen, daß Schlesien durch den Frost erheblich geschädigt sei, weniger aber die Konsumenten als die Produzenten. Die Landwirthe verdienten darum ganz besondere Berücksichtigung. Er bitte deshalb den Herrn Landwirthschaftsminister, in Bezug auf das Strohmaterial billige Nachsicht zu üben und Abhülfe zu schaffen. Auch er freue sich, daß ihm die Interpellation Gelegenheit gebe, in Bezug auf die Getreidezölle eine Erklärung vor dem Lande abgeben zu können. Er sei davon durchdrungen, daß die weitaus größte Majorität des deutschen Vaterlandes die Zollpolitik des Fürsten Bismarck billigt und den lebhaften Wunsch habe, daß es dem Fürsten Bismarck vergönnt sein möge, mit seinem starken Arm und seinem klaren Blick das Werk zu beendigen, welches er trotz aller Anfeindungen zum Wohl und Segen seines Vaterlandes begonnen hat. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Gesetz zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 und Einführung desselben in dem gesammten Umfang der Monarchie wird in der vom Herrenhause beschlossenen abgeänderten Fassung auf Antrag des Abg. Miquel en bloc angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Lesung der kirchenpolitischen Vorlage.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 25. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Verschiedene Blätter bringen die Nachricht, „der Reichskanzler suche gegenwärtig bis zur dritten Lesung der Kirchenvorlage noch einen Kompromiß herbeizuführen. Er habe deshalb die Führer der konservativen und nationalliberalen Fraktionen zu sich entboten, um eine Einigung zwischen den entgegengesetzten Standpunkten derselben anzubahnen, damit das Gesetz in irgend einer Form zur Annahme komme."

Diese Nachricht ist das Gegentheil des wirklichen Herganges. Der Reichskanzler hat durchaus keinen Versuch gemacht, einen Kompromiß herbeizuführen, und die Besprechungen, welche er in den jüngsten Tagen mit Führern der konservativen und nationalliberalen Fraktionen gehabt hat, haben nur dazu gedient und haben keinen anderen Zweck gehabt als den, befreundeten Abgeordneten die Gründe darzulegen, welche es der Regierung unmöglich machen, an einem Kompromiß mitzuwirken, sie vielmehr in die Nothwendigkeit versetzen, an der vom Staatsministerium beschlossenen und von Sr. Majestät dem Könige sanktionirten Vorlage festzuhalten, weil dieselbe das Maaß der Konzessionen darstellt, welche die Regierung glaubt ohne Schaden für den Staat den katholischen Unterthanen des Königs machen zu können. Es ist nicht zu erwarten, daß die Regierung in der dritten Lesung einen anderen Standpunkt einnehme als bisher; jedenfalls ist die Nachricht unrichtig, daß der Reichskanzler für die Herbeiführung eines Kompromisses auf der Basis irgend welcher Abminderungen jener Konzessionen thätig sei.

Die fortschrittlichen Blätter, wie gewöhnlich hierin Bundesgenossen des Centrums, sind auch heute bemüht, dem Centrum die Ablehnung der Regierungsvorlage zu erleichtern, sie suchen der verbündeten Oppositionsfraktion diesen Dienst dadurch zu leisten, daß sie die Unwahrheit verbreiten, als ob die Regierung auf Art. 4 verzichte. Sie suchen dadurch dem Centrum einen Entschuldigungsgrund für die Fortsetzung des Kampfes zu suppediren, denn die Fortschrittspartei bedarf des kämpfenden Centrums an ihrer Seite. In diesem Sinne werden die Nachrichten verbreitet, daß der Minister von Puttkamer erklärt habe, die Regierung sei nunmehr bereit, den Art. 4 der Kirchenvorlage fallen zu lassen. Dies ist unwahr; die Regierung ist dazu nicht bereit; sie wird freiwillig keinen Theil der Vorlage fallen lassen und dem Centrum die Aufgabe nicht ersparen, über den Gesammtinhalt der Vorlage sich entweder annehmend oder ablehnend vor dem Volke zu erklären. Ebenso willkürlich ist die Erfindung, daß Fürst von Bismarck Herrn von Rauchhaupt gegenüber den Verzicht auf Art. 4 erklärt oder geleistet habe. Es ist das eine tendenziöse Insinuation, die von Herrn von Rauchhaupt sicher nicht ausgeht.

Die Staatsminister haben noch heute (Freitag) in vertraulicher Besprechung sich gegenseitig darüber vergewissert, daß die Regierung an der königlichen Vorlage, so wie sie eingebracht ist, nach wie vor festzuhalten hat. Alle entgegengesetzten Behauptungen sind im Dienste der Centrumsfraktion erfunden.

Provinzielles.

Stettin, 26. Juni.

— Seit langer Zeit hatte unser Publikum nicht Gelegenheit, hierselbst ein größeres Monstre-Konzert zu hören; um so mehr dürfte sich das am Montage in Wolff's Garten stattfindende eines zahlreichen Besuches zu erfreuen haben. Bei demselben werden die vier hier in Garnison stehenden Militär-Kapellen unter Leitung ihrer Kapellmeister, der Herren **Todtenhagen**, **Reimer**, **Jancovius** und **Göttert**, mitwirken und ist das Programm so reichhaltig und gewählt, daß sicher alle Musikfreunde zufrieden gestellt werden dürften.

— In der Nacht vom 30. April bis 1. Mai gerieth im Papenwasser der Dampfer „Waldeck" mit einem Fischerboot in Kollision und sank in Folge dessen binnen wenigen Minuten. Der Führer des Fischerbootes, der Fischer Carl Fr. Wilh. **Buhtz**, soll die Kollision dadurch verschuldet haben, daß er die in der Verordnung vom 23. Dezember 1871 vorgeschriebenen Lichter nicht geführt habe und dem „Waldeck" direkt in den Maschinenraum gefahren sei, wodurch letzterer derart beschädigt wurde, daß der „Waldeck" sofort sank. Die spätere Reparatur des „Waldeck" verursachte 1500 Mark Kosten. Durch die Beweisaufnahme wurde Buhtz für schuldig befunden, durch Fahrlässigkeit das Sinken des Dampfers verursacht zu haben und zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Tribsees, 24. Juni. Der hiesige Bienenzüchter-Verein, welcher gestern versammelt war, war von den meisten Mitgliedern besucht. Als einziger Punkt der Tagesordnung lag nur Rechnungslegung über den pekuniären Ausfall des Imkerfestes vor, welches vom Franzburg-Richtenberger Bienenzüchterverein in Gemeinschaft mit dem hiesigen auf dem „Berghotel" zu Richtenberg veranstaltet war. Die Gesammteinnahme beziffert sich auf etwa 270 Mk.; nach Abzug der Unkosten kommen davon auf jeden Verein 81 Mark. Somit ist den Vereinen für ihre Mühewaltung nicht nur die öffentliche Anerkennung, sondern auch ein baarer Vortheil zu Theil geworden.

Viehmarkt.

Berlin, 25. Juni. Es standen zum Verkauf: 164 Rinder, 299 Schweine, 271 Kälber, 802 Hammel.

Rindvieh war zwar in allen Qualitäten vertreten, wurde jedoch, da noch viel lebende Vorräthe vorhanden, nur in einigen Exemplaren untergeordneter Waare zu Montagspreisen gehandelt.

Schweine, welche nur in geringerer Waare am Markt, wurden zwar geräumt, indessen nicht höher bezahlt als am jüngsten großen Markt.

Ganz schlecht war das Geschäft in Kälbern und Hammeln, erstere wurden zwar bei Preisen von 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht ausverkauft, von letzteren blieb der größte Theil, da effektiv gar kein Bedarf vorhanden, Ueberstand.